



BOXENSTOPP IN BERLIN

STAHL HAT ZUKUNFT, WIR MACHEN DRUCK!

ENERGIEPREISE RUNTER! INDUSTRIE STÄRKEN! KEIN PLATZ FÜR DUMPINGSTAHL!

Mit diesen klaren Forderungen sind am **12. Juni mehr als 1.700 Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeiter aus über 40 Betrieben nach Berlin gereist**. Stundenlange Anfahrten und nächtliche Abfahrten nahmen die Kolleginnen und Kollegen auf sich – für ein gemeinsames Ziel: eine starke, zukunftsfähige Stahlindustrie und sichere Arbeitsplätze.

Vor dem Brandenburger Tor begann der Aktionstag mit einem eindrucksvollen Auftakt. Dort versammelten sich die Beschäftigten aus ganz Deutschland – ein Meer aus roten IG Metall-Fahnen prägte das Bild. Die Stimmung war von Anfang an **sehr gut, entschlossen und kämpferisch**. Immer wieder hallte der Ruf „Stahl ist Zukunft!“ durch die Reihen. Transparente mit Botschaften wie **„Unser Stahl – Deutschlands Stärke“** machten zusätzlich deutlich: **Die Zeit zum Handeln ist jetzt**.

Von dort aus setzte sich ein **kraftvoller Demonstrationzug in Bewegung**, der lautstark und geschlossen durch Berlin bis zum Bundeswirtschaftsministerium zog. Mit Sprechchören und klaren Botschaften machten die Metallerrinnen und Metaller unmissverständlich deutlich, dass sie sich nicht überhören lassen. **Vor dem Bundeswirtschaftsministerium fand schließlich eine zentrale Kundgebung statt**, bei der die Forderungen der Beschäftigten direkt an die Politik adressiert wurden.

Ein starkes Zeichen der Geschlossenheit zeigte sich auch darin, dass – neben vielen anderen Betrieben – Abordnungen der Dillinger Hütte und von Saarstahl in Berlin vertreten waren, während gleichzeitig im Saarland zahlreiche Kolleginnen und Kollegen eine unterstützende Aktion durchführten.

Das unterstreicht: Die Stahlbeschäftigten stehen zusammen – standortübergreifend und solidarisch.

Im Zentrum der Forderungen stehen die hohen Energiepreise, die fehlende Planungssicherheit und der unzureichende Schutz vor Dumpingstahl aus dem Ausland. Ebenso wurde deutlich gemacht, dass öffentliche Aufträge stärker an europäische Wertschöpfung und klimafreundliche Produktion gebunden werden müssen. Die Botschaft an die Politik ist klar: **Die Beschäftigten haben geliefert – jetzt muss die Politik liefern**.

Auf der Kundgebung sprachen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke), Unternehmen und Betrieben. Während verschiedene Parteien Beiträge leisteten, waren Vertreterinnen und Vertreter der CDU – trotz Einladung, unter anderem an die Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche – nicht aktiv vertreten.



Dies unterstreicht auch Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall:

„Der Stahlgipfel im Kanzleramt hat gezeigt: Wenn wir Druck machen, bewegt sich etwas. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Die Politik darf jetzt nicht auf halbem Weg stehen bleiben – sie muss liefern.“





Christine Seemann - Salzgitter Flachstahl



Tekin Nasikkol - tkSE



Mike Böhlken - ArcelorMittal Bremen



Dirk Riedel - tkSE



Dirk Vogeler - ArcelorMittal Eisenhüttenstadt



Marco Gasse - HKM



Yasin Abay - Georgsmarienhütte



Martin Bahn - Brandenburger Elektrostahlwerke

Besonders prägend waren die Beiträge der Betriebsräte, die die Lage in den Unternehmen, das politische Umfeld und die Bedeutung sicherer, tarifgebundener Arbeitsplätze hervorhoben. Auch die Arbeitsdirektorinnen und -direktoren betonten die Notwendigkeit verlässlicher politischer Rahmenbedingungen für Beschäftigte und Industrie.



Birgit Dietze
Salzgitter AG
Arbeitsdirektorin

Michael Hehemann
ArcelorMittal Bremen
Arbeitsdirektor

Die zentrale Botschaft des Tages war unüberhörbar: **Stahl hat Zukunft – wenn die Rahmenbedingungen stimmen.** Dafür sind die Beschäftigten bereit zu kämpfen – gemeinsam, entschlossen und laut. Die Demonstration in Berlin war ein starkes Signal, doch sie war erst der Anfang. Der Druck auf die Politik muss weiter aufrechterhalten werden, damit die Transformation gelingt und die Industrie eine verlässliche Perspektive behält.

STAHL HAT ZUKUNFT – WENN DIE RAHMENBEDINGUNGEN STIMMEN. DAFÜR KÄMPFEN WIR. GEMEINSAM. ENTSCLOSSEN. LAUT.



Andreas Bovenschulte
SPD
Präsident des Bundesrates
und des Bremer Senats,
Bürgermeister von Bremen

Felix Banaszak
Bündnis 90/Die Grünen
Parteivorsitzender

Ines Schwerdtner
Die Linke
Parteivorsitzende

Sebastian Roloff
SPD
Wirtschaftspolitischer
Sprecher der
Bundstagsfraktion

